



Landtagsgebäude vor dem Abriss

Das auf dieser Seite abgebildete historische Plenar-Gebäude des Niedersächsischen Landtags steht zwar unter Denkmalschutz, und ein geplanter Neubau soll mindestens 45 Millionen Euro kosten. Dennoch haben die meisten Abgeordneten für einen Neubau gestimmt.

☛ Seite 8

Nazis unterwegs in Hannover

In den Stadtteilen Misburg und Kleefeld treffen sich Neonazis ganz ungeniert in der Öffentlichkeit und bedrohen Andersdenkende. Bisher hat die veröffentlichte Meinung das Problem ignoriert. Doch jetzt wurde Hannover durch eine rechtsradikale Schülerzeitung aufgeschreckt..

☛ Seite 8

Weiter Diskussionen um D-Linie

Braucht Hannover einen weiteren U-Bahntunnel unter dem Hauptbahnhof und Hochbahnsteige auf der Limmerstraße? DIE LINKE lehnt beides ab und fordert stattdessen oberirdische Niederflurbahnen.

☛ Seite 7

Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

DIE LINKE.

Fraaktionen in der Region Hannover

Liebe Leserin, lieber Leser,



auch in diesem Roten Faden berichten wir Ihnen von der Arbeit der LINKEN Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der Region

Hannover. In der Regionsversammlung, dem Rat der Landeshauptstadt, den Bezirksräten und den Räten im Umland streiten wir für eine sozialere Politik – grundsätzlich, aber auch ganz konkret.

2010 liegt die Agenda 2010 in Trümmern: Das Verfassungsgericht in Karlsruhe hat die Hartz IV Regelsätze für unvereinbar mit dem Schutz der Menschenwürde erklärt, die Jobcenter sind ohnehin schon seit drei Jahren verfassungswidrig und zu schlecht ausgestattet, zehntausende Menschen in der Region Hannover sind immer noch arbeitslos. Die von den Finanzhaien in den Banken ausgelöste Finanzkrise erreicht jetzt voll die kommunalen Haushalte: Noch nie waren die Kreditaufnahmen so hoch und die Einbrüche der kommunalen Einnahmen so groß. Es rächt sich jetzt auch, dass Bund und Land die Kommunen in den letzten Jahren kaputt gespart haben.

Für DIE LINKE ist klar: Die Krise braucht eine soziale und ökologische Antwort. In der Kommune heißt dies, soziale Teilhabe zu sichern, Schulen, Kindergärten und Bibliotheken zu erhalten und weiterzuentwickeln und auf Privatisierungen zu verzichten. Die Verantwortung, die Kommunalfinanzen wieder in Ordnung zu bringen, liegt beim Bund und beim Land. Deswegen unterstützen wir die Forderungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE nach einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Börsenumsatzsteuer. Auch in den kommenden Monaten werden wir daher die sozialen Alternativen für eine gerechtere Politik vertreten und hoffen, darüber mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Viel Freude beim Lesen!

John Jan Leidecker
Vorsitzender der Regionsfraktion

SKANDAL UM VERWEIGERTE EINBÜRGERUNGEN

Eigentlich sollte es kein Problem sein, wenn integrierte junge Menschen ohne deutschen Pass sich einbürgern lassen wollen. Doch in Niedersachsen ist das nicht so einfach, jedenfalls wenn man sich auf der linken Seite des politischen Spektrums engagiert. Denn der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) nützt das Einbürgerungsverfahren und den Verfassungsschutz als Kampfinstrumente gegen ungeliebte politische Gegner.

■ Geboren ist Jannine Menger-Hamilton in Celle, sie hat in Deutschland Abitur gemacht und studiert. Ihre Eltern aber stammen aus



Zu links um deutsch zu sein
Jannine Menger-Hamilton

Italien und Schottland, und deshalb hat die 31-Jährige vor mehr als zwei Jahren ihre Einbürgerung beantragt. Bisher ist die junge Frau aus Laatzen aber immer noch nicht eingebürgert, weil der niedersächsische Verfassungsschutz bei der Ausländerbehörde der Region Hannover Bedenken dagegen angemeldet hat.

Innenminister griff ein

Wie aus den Unterlagen hervorgeht, war Innenminister Schünemann sogar persönlich mit dem Fall beschäftigt. Einzige Begründung für die ablehnende Haltung der Behörde: Frau Menger-Hamilton ist Mitglied der LINKEN und war im Kreisvorstand der Partei in Hannover. Von ihr sind keine verfassungsfeindlichen Äußerungen oder Bestrebungen bekannt, im Gegenteil hat sie sich bereits als Juso-Landesvorsitzende und später dann

in der LINKEN am grundgesetzlich festgeschriebenen demokratischen Willensbildungsprozess beteiligt. Und inzwischen arbeitet sie als Pressesprecherin der demokratisch gewählten Linksfraktion im Landtag von Schleswig-Holstein.

Antifaschist betroffen

Verweigert wurde die Einbürgerung auch dem 20-jährigen Aram A. aus Hannover. Ihm wirft der Verfassungsschutz vor, eine antifaschistische Demonstration in Misburg mitorganisiert und gegen das mittlerweile aufgehobene Verbot der Kommunistischen Jugend Tschechiens (KSM) protestiert zu

haben. Ein weiterer Grund sei seine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Auch Aram A. ist ein gut integrierter junger Mensch, der sich für demokratische Werte und ein friedliches Deutschland einsetzt, aber dem Innenminister und seinem Verfassungsschutz erscheint ein solches Engagement anscheinend gefährlich. Das ist es vielleicht auch – aber nicht für unsere Demokratie, sondern für die rechtskonservative Politik von Uwe Schünemann, der innerhalb der Innenministerriege bundesweit nicht umsonst als Hardliner gilt. Sein

fragwürdiges Verhalten im Falle dieser beiden jungen Menschen spricht jedenfalls allen von ihm verkündeten Integrationsbemühungen Hohn. Und wer schützt eigentlich die Verfassung vor dem Verfassungsschutz und solchen Ministern?

Ende gut, alles gut?

Im Fall Aram A. hat das Ausländeramt der Stadt Hannover seiner Einbürgerung trotz der Bedenken des Verfassungsschutzes zugestimmt. Diesen Beschluss könnte das Innenministerium jedoch per Anweisung wieder kassieren, womit der schwarze Peter eindeutig bei Uwe Schünemann liegen würde. Und auch die Region Hannover wird Jannine Menger-Hamilton jetzt einbürgern.

RADIOAKTIVE ALTLASTEN IN DER LIST Zuschuss für Wohnungseigentümer

Nach dem verlorenen Prozess der Region Hannover gegen die Firma Honeywell steht fest, dass der Rechtsnachfolger von Riedel de Haën nicht für die Sanierung der Altlasten in der List aufkommen muss. Jetzt hat die Regionsversammlung bei Stimmenthaltung der Linksfraktion beschlossen, sich mit bis zu 500.000 Euro an der Sanierung der privaten Flächen zu beteiligen. Die Stadt Hannover wird sich in gleicher Höhe beteiligen, mit den EigentümerInnen der belasteten Grundstücke sollen Verträge über die Sanierung unterzeichnet werden.

■ „Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach“, sagt ein Sprichwort. Und es ist wesentlich dem intensiven Einsatz der Bürgerinitiative „Gegen Altlasten in der List“ zu verdanken, dass Stadt und Region sich überhaupt an den Sanierungskosten beteiligen. Unter dem Strich bleiben dennoch 75 Prozent der Sanierungskosten bei den EigentümerInnen hängen. Abhängig von der jeweiligen Belastung kann das Kosten von mehreren 10.000 Euro bedeuten – von dem Wertverlust der Grundstücke ganz zu schweigen. DIE LINKE hat die Bürgerini-

tiative immer darin unterstützt, dass die WohnungseigentümerInnen, die ja nichts für die Belastung ihrer Grundstücke können, komplett von den Sanierungskosten befreit werden. Dem ist die große Mehrheit der Regionsversammlung nicht gefolgt. Eine „Lex Empelde“, bei der sich der Landkreis Hannover und das Land Niedersachsen in den Neunziger Jahren die Kosten für die Sanierung einer Altlast teilen und die AnwohnerInnen von den Sanierungskosten befreit wurden, ließ sich für das de Haën-Gelände gegen den Widerstand von SPD und Grünen nicht durchsetzen. Rot-Grün befürchtete eine „Präzedenzwirkung“.

Auf Nachhaken der LINKEN konnte der Regionsverwaltung zumindest abgetrotzt werden, dass die Zuschüsse für die Sanierung nicht pauschal, sondern anteilig im Verhältnis zu den tatsächlichen Sanierungskosten aus-



Unter der Asphaltdecke lauert ein giftiger und radioaktiver Chemiecocktail

gezahlt werden. Dazu hatte die Bürgerinitiative einen detaillierten Vorschlag vorgelegt. Im Gegensatz zum Bezirksrat Vahrenwald-List hat die Mehrheit in der Regionsversammlung das ignoriert. Offen ist nach wie vor, ob es nicht doch gelingen kann, die Stadt Hannover, die dort schließlich das

Baugebiet ausgewiesen hat, stärker zur Sanierung heranzuziehen. Ein aktuelles Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf formulierte in einem ähnlichen Fall den Leitsatz: „Bei sogenannten Summationsschäden kann jeder Verursacher für die vollständige Beseitigung der Störung in Anspruch genommen werden.“ Die Stadt Hannover, die seinerzeit durch die Umwidmung des Betriebsgeländes die Fläche zur Wohnbebauung freigegeben hat, ist nach Auffassung der LINKEN somit ebenfalls als Störer anzusehen. „Wir lassen das derzeit rechtlich prüfen“, so der umweltpolitische Sprecher der linken Regionsfraktion, Dr. Michael Braedt.

ASBESTHALDE WUNSTORF-LUTHE Parkplatz geht vor Sicherheit

Auf der Umweltausschusssitzung im März überraschte die Regionsverwaltung mit der neuen „Sicherheits-light-Variante“, doch noch die Asbesthalde in Luthe für einen Parkplatz der benachbarten Spedition abzutragen.

■ Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) hatte wegen des Gesundheitsschutzes im vergangenen Jahr einen Abtransport des Asbestzementschlammes nur in geschlossenen Plastiksäcken (big bags) für zulässig erklärt und den von der Region favorisierten deutlich billigeren Abtransport in offener Schüttung ausdrücklich verboten. Daher scheiterte auch das geplante Verbringen des Schlammes auf die Deponie in Lahe. Nun wurde ein bundesweites Merkblatt zum Umgang mit Asbest auf Antrag des Niedersächsischen Umweltministeriums kurzfristig geändert, sodass ein Transport von

Asbestaltlasten unter besonderen Bedingungen auch ohne big bags möglich ist – offensichtlich eine „Lex Wunstorf-Luthe“. „Was nicht passt, wird passend gemacht“, mit diesen Worten kommentierte Jörn Jan Leidecker, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Regionsversammlung dieses Zusammenspiel von Land und Region zu Lasten der Gesundheit der Bevölkerung.

Abgesehen davon, dass ein technisches Merkblatt keine gesetzliche Regelung ersetzt – und erst recht nicht ein OVG-Urteil aufheben kann, weist das genannte Merkblatt selbst darauf hin, dass die Regelung für „asbesthaltige Abfälle aus der Herstellung von Asbestzement“ nicht gilt. Und genau darum handelt es sich auf der Luther Halde: um Rückstände aus der Zementplattenfertigung der Firma Fulgurit. Die Region versucht trotzdem auf Biegen oder Brechen die Ver-

lagerung durchzusetzen, bezahlt werden soll sie mit EU-, Landes- und Regionsgeldern. Der Transport soll in offener Schüttung mit Spezialtransportern erfolgen, die hier allein ein bekannter Fuhrunternehmer besitzt, dem die Region auch in anderen Punkten sehr entgegenkommt. Dr. Michael Braedt, umweltpolitischer Sprecher der Regionslinken, kündigte bereits an, dass DIE LINKE das Vorgehen der Region rechtlich prüfen lassen wird: „Offensichtlich lernt die Verwaltung nur aus verlorenen Gerichtsurteilen, wie bei der gescheiterten Asbestverklappung nach Lahe und bei der ebenfalls verlorenen Klage gegen Honeywell zur de Haën-Sanierung. Oder es bedarf erst einer staatsanwaltlichen Durchsuchung wie im Fall Gehrden-Ditterke, um die Region zu einem ordnungsgemäßen Umgang mit Altlasten zu zwingen.“

DER NEUE REGIONSHAUSHALT IST EINE BANKROTTERKLÄRUNG

Eigentlich ist die Region Hannover pleite: Bei einem Gesamthaushalt von 1,1 Mrd. Euro beträgt die Neuverschuldung 170 Mio. Euro und der Kassenkreditrahmen erhöht sich auf 770 Mio. Euro. Außerdem sinken die Einnahmen aus der Regionsumlage, das ist der Anteil der Gewerbesteuern aus den Regionsstädten und -gemeinden an die Region, voraussichtlich um zwölf Prozent.

■ Die Besonderheit des Haushalts 2010 liegt aber nicht allein in den Zahlen. Denn in diesem Jahr wird die Berechnungsgrundlage von der bisher üblichen Kameralistik auf die sogenannte Doppik mit einer Bilanz-, Ergebnis- und Verlustrechnung umgestellt. In den vergangenen vier Jahren hat die Regionsverwaltung es aber versäumt, eine Eröffnungsbilanz mit der Bewertung des gesamten Regionsvermögens vorzulegen. Das wäre die Grundlage gewesen, um abschätzen zu können, wo die Region finanziell tatsächlich steht. Den Regionsabgeordneten wurde versprochen, dass diese Eröffnungsbilanz bis zum Ende des Jahres vorliegen werde. Mit dem unzureichenden Zahlenwerk hat sich die Regionsverwaltung jetzt einen Blankoscheck ausstellen lassen, der erhofften und verkündeten Transparenz der doppischen Haushaltsführung ist sie jedoch nicht nachgekommen. Während unserer Haushaltsberatungen konnten wir alleine in zwei Stichproben nachweisen, dass die vorgelegten Zahlen nicht stimmig waren – und das wurde uns gegenüber sogar eingeräumt.

Auf der Hand liegt, dass das Defizit in den Kassen der Kommunen strukturell durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene verursacht wurde. So hat der Bund, als eine der letzten Entscheidungen der Großen Koalition, beschlossen, den Anteil der Kommunen an den Kosten der Unterkunft für Betroffene von Hartz IV zu erhöhen. Die Region hat die eigene Finanzlage dadurch verschärft, dass sie den Hebesatz der Regionsumlage viel zu spät erhöht hat und damit seit Jahren eine chronische Unterfinanzierung vor sich her

trägt. Ein noch nicht eingelöstes Versprechen: Durch strukturelle Maßnahmen im laufenden Haushalt sollen 25 Mio. Euro eingespart und die Neuverschuldung auf 145 Mio. Euro gedrückt werden. Dabei ist mit unserem massiven Widerstand zu rechnen, wenn diese Einsparungen zu Lasten armer Bürgerinnen und Bürger oder den Beschäftigten erfolgen sollten.

Soziale Alternativen verweigert

Die Verabschiedung des Haushaltes hätte sozialpolitische Akzente setzen können. Für das Sozialticket werden immerhin zwei Mio. Euro veranschlagt. Hierfür müssen Berechtigte eine Wertmarke für monatlich vier Euro erwerben, damit sie Einzelfahrscheine als Tagesfahrschein nutzen können. Die Region zahlt dafür elf Euro pro Wertmarke als Ausgleich an üstra und RegioBus. DIE LINKE hat dagegen beantragt, die zwei Mio. Euro pro

der kostenlos festzusetzen, wurde aber als utopisch abgebügelt. Letztendlich wurde die Verwaltung aufgefordert, ein Modell für die Staffelung sozialer Eintrittspreise vorzulegen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Region jährlich drei Mio. Euro als sogenannten Verlustausgleich an den Zoo leistet, teure Sonderzahlungen wie für das Prestigeobjekt Yukon Bay noch nicht einmal eingerechnet. Wir finden nach wie vor, dass die Region verpflichtet ist, den Zoobesuch für alle Regionsbürgerinnen und -bürger zu ermöglichen!

Stattdessen zeigt sich die Region gönnerhaft im Umgang mit Verursachern von Altlasten. Für die Abtragung der Asbestzementschlammlhalde in Wunstorf-Luthe sind Gelder vorhanden, obwohl Gutachten belegen, dass eine Sicherung der Halde vor Ort nicht nur die kostengünstigste sondern auch die sicherste Variante ist. Das scheint



Trotz saftiger Zuschüsse aus Steuergeldern der Region gilt der hannoversche Zoo als einer der teuersten Europas

Jahr direkt als Ausgleichszahlung zu leisten, den Kauf der Wertmarke entfallen zu lassen, alle Einzelfahrscheine an Bedürftige zum halben Preis abzugeben und endlich auch ein soziales Monatsticket für höchstens 20 Euro einzuführen. Das ist nach wie vor mit einer halbherzigen Sozialpolitik unter Rot-Grün nicht zu machen.

Ebenso verhält es sich mit einem Sozialticket für den Zoo. Mittlerweile gilt der hannoversche Zoo mit einem Tagespreis von 23 Euro als einer der teuersten in ganz Europa. Zwar haben die Grünen einen ermäßigten Eintrittspreis gefordert, unsere Konkretisierung, diesen auf fünf Euro und für Kin-

die Regionsverwaltung als Wirtschaftsförderung zu verstehen, denn auf dem Gelände soll ein Parkplatz für eine benachbarte Spedition entstehen. Insgesamt werfen wir der Mehrheit der Regionsversammlung vor, dass sie bei der Sicherung der sozialen und öffentlichen Teilhabe auf der Stelle tritt. Wer Kommunalpolitik nur als das Verwalten von Schulden versteht, von dem können wir nicht erwarten, dass endlich über Themen wie einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nachgedacht wird. Aus den genannten Gründen hat DIE LINKE diesem Haushalt nicht zugestimmt.

ANWOHNER UND NATURSCHUTZ GEGEN WASSERKRAFTWERK Standort in Döhren in der Kritik

Gegen die Stimmen der LINKEN hat sich die rot-grüne Ratsmehrheit dafür ausgesprochen, am Döhrener Leinewehr ein Wasserkraftwerk zu errichten. Widerspruch dagegen gibt es nicht nur von den Anwohnern, sondern auch von Naturschützern und Fischereivereinen.

■ Eigentlich klingt es ja gut: Mit dem geplanten Wasserkraftwerk kann die Energie für rund 1.000 Haushalte erzeugt werden. Einen Teil der Kosten für die Errichtung der Anlage sollen die Hauskäufer der Klimaschutzsiedlung In der Rehre tragen, um das für diese Siedlung geplante Null-Emissions-Konzept zu verwirklichen (siehe Artikel unten). Die Anwohner in Döhren laufen jedoch Sturm gegen das geplante Wasserkraftwerk, weil sie Schäden durch zunehmende Hochwasser sowie Geräuschbelästigungen befürchten. Außerdem sind bereits bei den Bauarbeiten zum Leinewehr Schäden an den Gebäuden entstanden, was sich beim Bau des Kraftwerks wiederholen könnte.

Auf einer Anhörung im Umweltausschuss der Stadt erhoben zudem Naturschützer

zahlreiche Einwände. Trotz der vorgesehenen Fischabstiegsanlage seien schwere Schäden bei Wanderfischarten vorprogrammiert. Der Diplombiologe Gerd Wach vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mahnte, dass die Fische wegen der starken Strömung das Umgehungsgewässer nicht finden würden. Sie würden dann vor dem Wasserkraftwerk stehen und dort aufsteigen wollen. Schwachstromschwimmer könnten den Aufstieg nicht bewältigen, absteigende Fische würden durch die Anlage verletzt, hier sei besonders der Aal gefährdet. Heinz Pyka vom Fischereiverein Hannover ergänzte, es gäbe kein einziges Wasserkraftwerk ohne Schäden für wandernde Fische und warnte vor dem Aussterben von Wanderfischarten.

DIE LINKE im Rat und der linke Bezirksrats Herr Manfred Milkereit hatten zunächst gefordert, dass die Stadtwerke die Anlage in



Aus diesem Kanal soll die Energie für die Klimaschutzsiedlung erzeugt werden

Döhren bauen und betreiben sollten. Diese lehnten das aber ab, weil sich eine solche kleine Anlage nicht lohnen würde. „Bei der Interessenabwägung zwischen Anwohnern, Schutz des Fischbestandes und einer sich für den kommunalen Stromversorger wirtschaftlich nicht lohnenden Energieproduktion haben wir uns deshalb gegen die Anlage entschieden“, sagt Manfred Milkereit. Stattdessen fordert DIE LINKE den Ausbau von Sonnenenergie und Erdwärme.

KLIMASCHUTZSIEDLUNG IN DER REHRE NUR FÜR REICHE

Obwohl es im Stadtbezirk Ricklingen mit seinen fünf Stadtteilen keinen Wohnraumnotstand gibt, wird in der Rehre dennoch eine neue Einfamilienhaus-siedlung gebaut. Diese sogenannte Klimaschutzsiedlung besteht aus rund 300 Reihen-, Doppel-, und Einfamilienhäusern, vorwiegend für junge Familien. Auch ein Lebensmitteldiscounter und eine KiTa sind in Planung.

■ Nicht nur, dass hier ohne Not eine rund 26 Hektar große Fläche zum großen Teil versiegelt wird. Die Preise für die Grundstücke und Häuser werden außerdem so

hoch sein, dass sich junge Familien, um die es hier eigentlich gehen sollte, diese wohl kaum leisten können. Diese Häuser werden eben nicht für die Allgemeinheit gebaut, son-



Auf dieser Fläche soll die so genannte Klimaschutzsiedlung errichtet werden

dern nur für jene, die es sich auch leisten können.

Nur im Hinblick auf eine Verbesserung der fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten und eine KiTa für die Anwohner in der Nachbarschaft stimmte DIE LINKE im Bezirksrat nicht gegen dieses Projekt, sondern enthielt sich der Stimme. „Ich bin eher ein Freund von generationsübergreifendem Wohnen in Mehrfamilienhäusern“, sagt der linke Bezirksrats Herr Sven Steuer. „Das wäre nicht nur ökologisch sinnvoller, sondern würde auch Familien mit einem normalen Einkommen ermöglichen, klimaneutralen Wohnraum zu beziehen. Wir sollten eher den bereits bestehenden Wohnraum ausbauen, sanieren und verbessern, bevor weiter die Natur versiegelt und vernichtet wird.“

NEUE GRUPPE IM BURGENDORFER RAT GEGRÜNDET DIE LINKE ist jetzt in mehreren Ausschüssen vertreten

Im Januar hat sich der linke Burgdorfer Ratsherr Michael Fleischmann mit einem ehemaligen SPD-Mitglied zu einer Gruppe zusammengeschlossen. Letzterer hat vor allem aus Frust über die SPD-Politik vor Ort der Partei den Rücken gekehrt.

■ Das eher strategisch angelegte Bündnis bescherte beiden Ratsherren Zugang zu Fachausschüssen, in denen sie vorher nicht vertreten waren. Michael Fleischmann nutzt die neuen Möglichkeiten, um sich deutlicher als bisher in der Burgdorfer Stadtpolitik zu Wort zu melden. Viele Beschlüsse, die in den Fachausschüssen früher einstimmig fielen, kassieren jetzt eine Gegenstimme. Als der Umwelt- und Verkehrsausschuss eine alte Obstbaumwiese privatisierte, die deshalb bald nicht mehr der Allgemeinheit offen steht, stimmte DIE LINKE selbstverständlich dagegen. Als derselbe Ausschuss entschied, 40.000 Euro für ein wertloses Radlergutachten zu geben, organisierte Fleischmann zusammen mit dem Ortsverband des All-

gemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Widerstand. Beide fordern, die 40.000 Euro umgehend in die Sanierung des ungenügenden und zum Teil gefährlichen Burgdorfer Radwegenetzes zu stecken.

Im Bauausschuss, dem Michael Fleischmann schon früher als Einzelmandatsträger mit Rederecht angehörte, hat er nun auch Stimmrecht. Seit eineinhalb Jahren schon verweigern Rat und Bauausschuss der Nordoststadt einen benötigten Lebensmittelmarkt, den die Raiffeisengenossenschaft dort bauen möchte. Als jüngst im Bauausschuss wieder eine Vorlage zum Thema auf dem Tisch lag, konnte Fleischmann zum ersten Mal dagegen stimmen - was dann auch am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen gewesen ist. „Die bisher schon gute Präsenz der LINKEN in der lokalen Presse hat sich mit der neuen Ratsgruppe weiter verbessert“, betont der linke Ratsherr. Das Rede-

und Stimmrecht im Sozialausschuss will er demnächst nutzen, um der linken Forderung nach einem Burgdorf Pass Nachdruck zu verleihen. Dieser Pass für Arbeitslose und Geringverdiener ist an den Köln Pass angelehnt. Der Burgdorf Pass beinhaltet bis auf das Sozialticket, für das die Region zustän-

dig ist, ähnliche Leistungen. „Es ist ein Unding, dass die Stadt Burgdorf viele Millionen in unnötige Innenstadumbauten und in ein viel zu großes Gewerbegebiet am nördlichen Stadtrand steckt, sich aber weigert, Sozialtarife bei Strom und Gas einzuführen“, kritisiert Fleischmann. „Das ist neoliberale Kommunalpolitik. Wenn sich

Städte mit einer viel höheren Arbeitslosigkeit einen Sozialpass leisten können, dann muss das auch in Burgdorf möglich sein!“



Michael Fleischmann

Aktion



Mittlerweile ist es eine gute Tradition: Wie in jedem Frühjahr baut der linke Bezirksrats Herr Thomas Grote mit Hainhölzer Kindern Nistkästen für brütende Vögel und hängt diese anschließend in die Bäume im Stadtteil. Im sozial benachteiligten Hainholz mit seinem hohen Migrantenanteil lernen die Kinder so, sich handwerklich zu beschäftigen und gleichzeitig etwas für den Naturschutz zu tun.

Impressum

Herausgeberinnen:

Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76
www.linksfraktion-hannover.de
Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover
Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63
Email: kontakt@die-linke-regionsfraktion.de

Redaktion:

Oliver Förste
V.i.S.d.P.: Michael Höntsch
Satz: Markus Hintze

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG AUF KOSTEN DER BESCHÄFTIGTEN

■ Wie in den meisten deutschen Kommunen ist die Lage des städtischen Haushaltes auch in Hannover mehr als prekär. Die Neuverschuldung ist immens, ein ausgeglichener Haushalt liegt in weiter Ferne, der Einbruch der Gewerbesteuer macht den Rat weitgehend handlungsunfähig. Die sogenannten freiwilligen Aufgaben der Kommune werden nicht mehr in dem Maße erfüllt, wie es einer kommunalen Daseinsvorsorge, die diesen Namen verdient, angemessen ist. Vor diesem Hintergrund ist das Agieren von Oberbürgermeister und Verwaltung einschließlich der sie tragenden rotgrünen Rathausmehrheit vorsichtig ausgedrückt nicht zielführend. Im Rathaus von Hannover werden nicht die Interessen der Wählerinnen und Wähler umgesetzt, nein, das Maß aller Dinge ist die Kommunalaufsicht. Hier übt man sich im vorausseilenden Gehorsam. Man muss kein

Prophet sein, um zu prognostizieren, dass eine Kreditaufnahme für soziale Aufgaben keine Gnade vor dieser Behörde finden wird. Gleichwohl hatte man trotz Wirtschaftskrise keinerlei Probleme, für die Kapitalerhöhung der Deutschen Messe AG 250 Mio. Euro geliehenes Geld zur Verfügung zu stellen.

Verantwortlich wäre eine politische Strategie zur konjunkturunabhängigeren Erhöhung der kommunalen Einnahmen. Dies bedarf einer engen Abstimmung mit der Landes- und Bundesebene, beispielsweise durch Bundsratsinitiativen. DIE LINKE hat entsprechende Vorschläge zur Sanierung der kommunalen Finanzen sowohl in verschiedenen Landtagen als auch im Bundestag eingebracht. Die Rathausmehrheit geht einen anderen Weg: Es wird bei den Leistungen gekürzt, Eintrittspreise werden angehoben, der Spa-

reffekt ist dennoch gering. Der eigentliche Skandal aber ist die Drohung der Verwaltung, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst durch Stellenabbau zu kompensieren. Hier werden die Kolleginnen und Kollegen um den bescheidenen Erfolg ihres Tarifabschlusses gebracht. Ein Stellenabbau von 130 Stellen in der Verwaltung ist bereits angekündigt, bisher noch ohne betriebsbedingte Kündigungen. Aber die dadurch entstehende Arbeitsverdichtung liegt auf der Hand, die Qualität der städtischen Dienstleistung ist fraglos so nicht zu halten. Die linke Ratsfraktion weiß sich in diesem Zusammenhang einig mit den Beschäftigten der Landeshauptstadt und ihrer Personalvertretung. Wir werden ver.di bei den anstehenden Protesten gegen diese Entwicklung auch künftig nach Kräften unterstützen.

TUNNEL FÜR D-LINIE ZU TEUER UND NUR VON GERINGEM NUTZEN Kritik an Gutachten über Niederflurbahnen



Hochbahnsteige sind nicht nur im Bau teuer, sondern oftmals störende Hindernisse

Die Diskussion um die Führung der D-Linie in Hannovers Innenstadt spitzt sich zu. Ein Gutachten im Auftrag der Region Hannover hat jetzt die Wirtschaftlichkeit neuer Streckenführungen untersucht.

■ Zurzeit fährt auf der D-Strecke die Stadtbahnlinie 10 zwischen Ahlem und Aegi. Untersucht wurde, ob sich ein Tunnel vom Goetheplatz bis zum Raschplatz rechnet. Das Gesamtprojekt würde rund 130 Mio. Euro kosten, etwa 30 Mio. müsste die Region Hannover selbst aufbringen. Der Rest würde vom Bund und Land finanziert, wenn die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, also Fahrgastzuwächse und Einsparungen bei

den Betriebskosten erzielt werden. DIE LINKE in Rat und Region lehnt den Tunnelbau wegen der hohen Kosten und nur geringem zusätzlichen Nutzen für die Fahrgäste ab, denn die Innenstadt wäre schlechter erreichbar, weil die Bahn hinter dem Goetheplatz unter der Erde verschwinden und nur unter den U-Bahnstationen Steintor und Hauptbahnhof in der Minus-3-Ebene halten würde. Allein der Weg bis an die Oberfläche würde die Fahrzeitgewinne aufzehren. Zudem wären die Stationen in den Abendstunden kein Ort, an dem sich Fahrgäste wohl fühlen.

Auch eine oberirdische Streckenführung wurde untersucht. Der Streckenverlauf wäre bis zum Bahnhof so wie heute. Davor würde die Strecke dann einen Knick in den Posttunnel machen und am Raschplatz im Bereich der Raschplatzhochstraße enden. Dazu wäre ein Abriss der Hochstraße nötig. Die Kosten dieser Variante werden auf 51 Mio. Euro taxiert, der Anteil der Region würde bei 15 bis 17 Mio. Euro liegen. Die Wirtschaftlichkeit wäre fast anderthalb Mal so hoch wie bei der Tunnellösung. DIE LINKE steht auch dieser

Variante kritisch gegenüber, denn auch hier ist der Nutzen begrenzt. Anders sähe es aus, wenn die D-Linie weiter bis zum Bismarckbahnhof verlängert würde. Damit würde die östliche Südstadt ans Stadtbahnnetz angebunden und die verspätungsanfällige und häufig überfüllte Buslinie 121 ersetzt.

Außerdem gibt es ein Gutachten über den Einsatz von Niederflurbahnen auf eben jener Linie 10. Anlass war der von der LINKEN unterstützte Protest gegen Hochbahnsteige in der Limmerstraße. Dieses Gutachten wurde auf breiter Front kritisiert. Allein die Annahme, dass die 30 cm hohen Borde für Niederflurbahnen fast genauso teuer sein sollen, wie Hochbahnsteige scheint mehr als fraglich. Auch die angegebenen Fahrzeugkosten für Niederflurbahnen scheinen zweifelhaft. Vor dem Hintergrund einer Verlängerung der D-Linie in die Südstadt gewinnt die Niederflurvariante zusätzliche Attraktivität: 30 cm hohe Borde lassen sich wesentlich besser in die Sallstraße integrieren als klobige Hochbahnsteige. Auch für diese Variante fordert DIE LINKE ein weiteres, bisher noch ausstehendes unabhängiges Gutachten.

NEONAZIS TERRORISIEREN MISBURG UND KLEEFELD

Entgegen den Beschwichtigungsversuchen lokaler Politiker und anders lautenden Artikeln in der örtlichen Presse gibt es in den hannoverschen Stadtteilen Misburg und Kleefeld schon länger Probleme mit dem öffentlichen Auftreten von Neonazis.

■ Bereits im November 2007 schlugen und bespuckten mehrere Neonazis in Misburg zwei alternativ gekleidete Schülerinnen. Im Mai 2009 dann wurden zwei junge AntifaschistInnen von einer Gruppe Nazis verfolgt, bedroht und geschlagen. Eine junge Antifaschistin aus dem Stadtteil wird seitdem immer wieder gezielt bedroht und verfolgt, wie auch Polizei und Staatsschutz bestätigen. In beiden Stadtteilen wurden Wahlplakate nicht nur der LINKEN abgerissen und zerstört, immer wieder tauchen ausländerfeindliche und nationalistische Aufkleber auf. Und als in der letzten Neujahrsnacht ein junger Antifaschist am Kröpcke zusammengeschlagen wurde, war unter den inzwischen angeklagten Tätern auch ein einschlägig bekannter Mann aus Kleefeld.



Mahnwache am Kantplatz: Gesicht und Flagge gegen die Anfänge von braunem Terror zeigen

Auf einer Anhörung im Bezirksrat Misburg schilderten Vertreter von Polizei und Staatsschutz die Vorfälle und die Lage im Stadtteil. Neben den Gewalttaten und Bedrohungen von Seiten der Rechten habe es auch mehrfach Fälle von Ruhestörung und „Sieg-Heil“-Rufe gegeben. Zunächst seien fünf in Misburg wohnende Personen dem rechten

Umfeld zuzuordnen gewesen, inzwischen seien zwei davon aber wieder weggezogen. Dazu kämen mehrere Randpersonen sowie Mitläufer und Leute aus der örtlichen Trinkszene, mit denen man sich vor dem REWE-Markt an der Hannoverschen Straße trifft. Die Lage habe sich noch nicht beruhigt, und die Szenen stände weiter unter Beobachtung. Allerdings war man sich mit dem Vertreter des Verfassungsschutzes einig, dass Misburg „keine Hochburg des Rechtsextremismus“ sei. Der Verfassungsschützer vermochte auch keine „organisatorische Rückbindung“ zu rechtsextremistischen Parteien oder Gruppen zu erkennen, vielmehr handele es sich dabei um „Cliquen“ und eine relativ „normale“ Erscheinung der rechten Subkultur. Allerdings sei Misburg „aufgefordert, sich mit diesem subkulturellen Phäno-

men, auch an den Schulen, auseinanderzusetzen“.

Rechte Schülerzeitung verteilt

Trotz dieser eindeutigen Hinweise leugneten Presse und Bezirksratspolitiker anschließend das Problem oder spielten es herunter. Dabei sind die Treffpunkte am Misburger REWE-Markt und am Kantplatz im benachbarten Kleefeld zurzeit so ziemlich die einzigen Punkte in der Stadt, an denen die Neonazis regelmäßig öffentlich auftreten. Außerdem heißt es auf einer von Neonazis betriebenen Internet-Seite prahlerisch: „Traditionell leben in Misburg und Umgebung schon länger eine große Anzahl nationaler Sozialisten, welche es sich natürlich nicht nehmen ließen, einen Stadtteil der eindeutig von ihnen dominiert wird, als ihr Kontrollgebiet zu deklarieren.“ Eine Bestätigung fand diese Auslassung, als Anfang März dieses Jahres etwa 50 AntifaschistInnen aus Anlass rechter Gewalttaten eine Mahnwache am Kantplatz abhielten, und kurz vor Beginn der Veranstaltung rund 30 „Nationale Sozialisten“ Parolen grölend dort vorbei marschierten. Als jüngstes Produkt der „Autonomen Nationalisten“ aus Hannover ist jetzt eine „Schülerzeitung“ mit ausländerfeindlichen und antidemokratischen Texten erschienen und wurde an mehreren Schulen verteilt. Es ist also wirklich Wachsamkeit und dagegen halten angesagt!

NEUBAU DES LANDTAGSGEBÄUDES STARK UMSTRITTEN

Eine Mehrheit der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags hat sich im März für den Neubau des Plenarsaales ausgesprochen. Diese Entscheidung stößt bei den meisten Hannoveranern und Hannoveranern, auf heftige Kritik.

■ Als einzige Fraktion hat DIE LINKE im Landtag komplett gegen den Neu- oder Umbau des Landtags gestimmt und ist sich damit einig mit der linken Ratsfraktion in der Landeshauptstadt. Zum einen sollten die für den Neubau notwendigen mindestens

45 Millionen Euro bei den knappen Kassen des Landes besser in sanierungsbedürftige Schulen und Krankenhäuser investiert werden. Zum anderen steht das im Jahr 1962 von Dieter Oesterlen errichtete Gebäude (siehe Titelbild dieser Ausgabe) unter Denkmalschutz. „Über Geschmack lässt sich zwar streiten, aber das Gebäude ist auch ein Symbol für die neu errichtete Demokratie in Deutschland und das erst wenige Jahre vorher gegründete Bundesland Niedersachsen“, betont der linke Ratsherr Oliver Förste. „Und in 100 Jahren wird das Gebäude wahrscheinlich als ein repräsentatives Beispiel

der Architektur vergangener Zeiten gelten.“ Um die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten, ihre Mitarbeiter, die Angestellten und die Journalisten zu verbessern, steht DIE LINKE einer vorsichtigen und kostengünstigen Sanierung bestimmt nicht im Wege. „Aber jeder Bürger, der an seinem denkmalgeschützten Gebäude auch nur die Fenster auswechseln will, muss sich das vom Amt für Denkmalschutz genehmigen lassen“, so Oliver Förste weiter, „da sollten sich gerade die Abgeordneten im Landtag keine Extrawurst braten lassen!“